

## 31 Maßnahmen für den Weg an die Spitze

**Wasserstoff gilt als Hoffnungsträger der **Energiewende**. Wirtschaftsminister Altmaier legt eine Nationale Strategie dazu vor - neuer Streit mit dem Umweltministerium ist absehbar.**

Barbara Gillmann, Klaus Stratmann Berlin

Die Bundesregierung verknüpft mit ihrer "Nationalen Wasserstoffstrategie" ehrgeizige Ziele: Deutschland habe die Chance, "im internationalen Wettbewerb eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung und dem Export von Wasserstoff-Technologien einzunehmen", heißt es in der 21 Seiten langen Strategie, die dem Handelsblatt vorliegt. Das Papier aus dem Bundeswirtschaftsministerium wird nun mit den anderen Ressorts abgestimmt.

Wasserstoff biete "große industriepolitische Chancen", heißt es in dem Papier, denn deutsche Unternehmen seien heute schon führend. "Um diese Potenziale zu heben, werden wir jetzt die Weichen stellen, dass Deutschland seine globale Vorreiterposition sichert." CO<sub>2</sub> - freier Wasserstoff spiele "aufgrund seiner vielfältigen Einsatzmöglichkeiten eine zentrale Rolle bei der Vollendung der **Energiewende**".

"Bei der Nationalen Wasserstoffstrategie müssen wir grün, global und groß denken", sagte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) dem Handelsblatt. Man sei in den Beratungen "auf einem guten Weg", ergänzte sie. "Die Strategie muss nun bald zum Abschluss kommen", drängt die Ministerin, denn "die Nachfrage nach grünem Wasserstoff wird viel größer sein als vielfach angenommen". Daher brauche Deutschland "Vorfahrt bei der Regulierung für grünen Wasserstoff, neue Lieferketten für seinen Import und einen klaren Fahrplan für den Umstieg vor allem dort, wo wir ihn am dringendsten brauchen, zum Beispiel in der Industrie".

Die deutsche Wirtschaft hat die Wasserstoffstrategie mit Spannung erwartet, denn Wasserstoff gilt als wichtiger Problemlöser auf dem Weg zu einer klimaneutralen Welt. Überall dort, wo die direkte Anwendung von Strom aus erneuerbaren Quellen ausscheidet, fokussiert sich der Blick auf Wasserstoff. Das gilt ganz besonders für industrielle Prozesse, etwa in den Branchen Stahl, Chemie oder Zement. Viele deutsche Industrieunternehmen bereiten sich mit Milliardenaufwand darauf vor, ihre Prozesse umzustellen. Allerdings brauchen sie dazu Wasserstoff in enormen Mengen. Aber auch im Verkehrssektor oder zur Wärmeerzeugung in Wohngebäuden kann Wasserstoff grundsätzlich bei der Dekarbonisierung helfen.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Wasserstoff selbst CO<sub>2</sub> - neutral ist. Das gilt für den sogenannten "grünen Wasserstoff", der mit Strom aus erneuerbaren Quellen durch Elektrolyse hergestellt wird. Aus Sicht des Bundeswirtschaftsministeriums ist aber auch "blauer Wasserstoff" eine Option. Dieser wird etwa aus Erdgas hergestellt. Das bei der Produktion frei werdende CO<sub>2</sub> wird abgeschieden und gespeichert (Carbon Capture and Storage, kurz CCS). Lieferanten aus Norwegen und Russland stehen bereit, blauen Wasserstoff zu liefern (siehe Text rechts). Eine nennenswerte Produktion von grünem Wasserstoff gibt es dagegen noch nicht. Nach Überzeugung des Wirtschaftsministeriums ist zumindest für eine Übergangsphase blauer Wasserstoff daher unverzichtbar.

/// Klimabilanz zweifelhaft // .

Das Strategiepapier vermeidet die Unterscheidung zwischen "grünem" und "blauem" Wasserstoff. Stattdessen ist ganz überwiegend von "CO<sub>2</sub> - freiem" oder "CO<sub>2</sub> - neutralem" Wasserstoff die Rede, was nach Definition des Wirtschaftsministeriums blauen Wasserstoff ausdrücklich einschließt. Das birgt Sprengstoff für die Diskussion, vor allem mit dem Umweltministerium. Viele Klimaschützer sehen es als Makel an, dass blauer Wasserstoff zwingend mit der CCS-Technologie verbunden ist. Die Grünen melden schon Kritik an: "Gut erkannt, dass nur grüner Wasserstoff nachhaltig ist - blöd, dass die Bundesregierung mit ihrer Blockade bei den Erneuerbaren dem selbst die Grundlage entzogen hat und jetzt blauen und damit fossilen Wasserstoff für die nächsten Jahre in den Mittelpunkt ihrer Strategie stellen muss", sagte deren **energiewirtschaftliche** Sprecherin Ingrid Nestle.

Kernstück der Nationalen Strategie ist ein Katalog von 31 Maßnahmen, der unter anderem die Bereiche Erzeugung, Industrie, Infrastruktur, Verkehr, Wärme und Forschung umfasst. Als "ersten Schritt" will die Bundesregierung demnach die "inländische Wasserstoffproduktion und Wasserstoffverwendung" ankurbeln. Denn ein starker Heimatmarkt sei ein wichtiges Signal für den Export von Wasserstofftechnologien. "Die Bundesregierung setzt sich daher zum Ziel, bis zum Jahr 2030 rund 20 Prozent des in Deutschland verbrauchten Wasserstoffs über CO<sub>2</sub> - freien Wasserstoff zu decken", heißt es im Konzept. Dafür müsse ein Erzeugungspotenzial "in Höhe von drei, möglichst fünf Gigawatt (GW) Elektrolyseleistung aufgebaut" werden. Daher soll etwa die Produktion von Wasserstoff mittels Strom aus erneuerbaren Quellen erleichtert werden. Durch eine "faire Ausgestaltung der staatlich induzierten Preisbestandteile" werde die Erzeugung von CO<sub>2</sub> - freiem Wasserstoff gestärkt.

Damit adressiert die Strategie eines der großen Probleme bei der Herstellung von grünem Wasserstoff: Der Strom, der für die Wasserstoff-Elektrolyse benötigt wird, ist zu teuer. Unternehmen, die entsprechende Anlagen betreiben oder planen, fordern daher seit Langem, den Strom dafür von der EEG-Umlage oder den Netzentgelten zu befreien.

"Vielversprechende Ansätze, bei denen eine signifikante Netzentlastung zu angemessenen Preisen gewährleistet ist und die Wettbewerbsfähigkeit im Wasserstoffmarkt gewahrt bleibt, wollen wir im Rahmen von ein bis zwei Modellprojekten testen. Der Änderungsbedarf des regulatorischen Rahmens zur Schaffung der dafür notwendigen Voraussetzungen wird geprüft", heißt es im Papier weiter.

Diese Formulierung dürfte insbesondere die Stromnetzbetreiber Amprion und Tennet hellhörig machen. Die Unternehmen haben unabhängig voneinander zwei große Projekte im Norden Deutschlands geplant. Sie wollen dort aus überschüssigem Windstrom per Elektrolyse klimaneutralen Wasserstoff herstellen. Die entsprechenden Investitionsanträge liegen der Bundesnetzagentur seit Monaten vor. Bislang hatte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) allerdings die Auffassung vertreten, der Betrieb von Elektrolyseuren zur Wasserstoffproduktion gehöre nicht zum Geschäft der Unternehmen, die der Netzregulierung unterliegen.

/// Wasserstoff aus dem Ausland // .

Großes Augenmerk richtet die Strategie auf die internationale Dimension des Themas. Unter Fachleuten ist klar, dass Deutschland den Bedarf an grünem Wasserstoff nicht durch inländische Produktion decken kann. Daher müssen Importstrukturen geschaffen werden. Die Strategie empfiehlt aus diesem Grund, ein verlässliches internationales System zum Nachweis für Strom aus erneuerbaren **Energien** und CO<sub>2</sub> - freiem Wasserstoff zu schaffen. "Um den mittel- und langfristigen Bedarf zu decken, brauchen wir zudem **Energiepartnerschaften** mit Lieferländern."

Außerdem heißt es in dem Papier, eine "ambitionierte Quote für **erneuerbare Energien** im Verkehr wird Anreize für Wasserstoff oder dessen Folgeprodukte als Kraftstoffalternativen im Verkehr schaffen". Der Einsatz von CO<sub>2</sub> - freiem Wasserstoff bei der Herstellung von konventionellen Kraftstoffen in den Raffinerien könne einen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor leisten. Daher werde man die Anrechnung des Einsatzes von Wasserstoff bei der Produktion von Kraftstoffen auf die Treibhausgasminderungsquote ermöglichen. Die Mineralölwirtschaft fordert das seit Jahren.

Massive Hilfe sieht die Strategie für die Industrie vor, die auf den Einsatz von CO<sub>2</sub> - freien Technologien umrüsten muss. Diese beruhen zu einem wesentlichen Teil auf CO<sub>2</sub> - freiem Wasserstoff. Geplant ist außerdem, einen Teil der bestehenden Gasleitungen für Wasserstoff zu nutzen und außerdem auch reine Wasserstoffnetze zu schaffen.

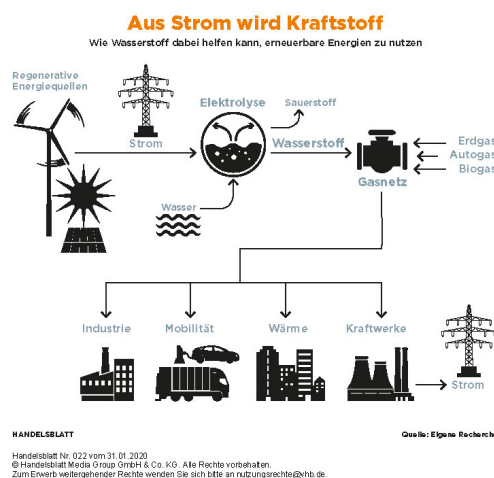
Das Ministerium drückt aufs Tempo. Noch im ersten Quartal 2020 soll ein "Nationaler Wasserstoffrat" gegründet werden, den ein "erfahrener Vertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft" leiten soll. Ihm sollen bis zu zwölf weitere Experten zur Seite stehen. Sie sollen Vorschläge und Handlungsempfehlungen bei der Umsetzung der Wasserstoffstrategie geben. Unterstützen soll sie eine neue "Nationale Geschäftsstelle Wasserstoff", die auch das Monitoring der Wasserstoffstrategie verantwortet.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Bei der Nationalen Wasserstoffstrategie müssen wir grün, global und groß denken.

Anja Karliczek  
Bundesforschungsministerin

Gillmann, Barbara  
Stratmann, Klaus




**Quelle:** Handelsblatt print: Nr. 022 vom 31.01.2020 Seite 010  
**Ressort:** Wirtschaft & Politik

<b>Branche:</b>	ENE-01 Alternative <b>Energie</b> B
<b>Dokumentnummer:</b>	393ADFF1-630D-4541-9074-5D081A532EF2

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/HB\\_393ADFF1-630D-4541-9074-5D081A532EF2%7CHBPM\\_393ADFF1-630D-4541-9074-5](https://www.wiso-net.de/document/HB_393ADFF1-630D-4541-9074-5D081A532EF2%7CHBPM_393ADFF1-630D-4541-9074-5)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH